



IVL^{SH}-MAGAZIN

Zeitschrift der Interessenvertretung der Lehrkräfte ALLER Schularten und Laufbahnen

ISSN 2191 – 9070

Heft 13 / April 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde der IVL-SH,

heute halten Sie erstmals das neu gestaltete IVL-Magazin, als eingehafteten Bestandteil der Zeitschrift „Reale Bildung in Deutschland“ in der Hand. Ich hoffe, dass Ihnen das z.T. neue Layout gefällt. Wir wollen Sie alle zwei Monate zeitnah informieren und freuen uns auf Ihre Rückmeldung zur aktuellen Ausgabe unseres Magazins.

Die Personalratswahlen liegen bis auf Pinneberg hinter uns. Im Kreis Pinneberg konnte bisher nur die Wahl zum Hauptpersonalrat ausgewertet werden. Die Wahl zum Bezirkspersonalrat musste wegen eines Fehlers des Bezirkswahlvorstandes wiederholt werden. Bei Redaktionsschluss des Magazins war noch nicht bekannt, ob es noch eine weitere Wiederholung wegen eines erneuten Fehlers geben muss. Daher fehlen in unserer Aufstellung der gewählten Personalratsmitglieder die Pinneberger Kandidatinnen und Kandidaten.

Das Beispiel Pinneberg macht deutlich, dass die diesjährigen Personalratswahlen in einigen Bereichen die früher sehr beliebte Fernsehsendung mit dem Titel „Pleiten, Pech und Pannen“ bereichert hätten. Es hat sich gezeigt, dass nicht alle eingesetzten Wahlvorstände ausreichend für ihre verantwortungsvollen Aufgaben geschult waren, obwohl sowohl Gewerkschaften als auch Verbände solche Schulungen angeboten hatten.

Leider haben in den Bezirken nur wenige Mitglieder von ihrem Recht Gebrauch gemacht, an den öffentlichen Stimmauszählungen teilzunehmen, was Rückfragen bei knappsten Ergebnissen erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht hat.

Auch das allgemein als veraltet und undemokratisch angesehene Auszählverfahren nach d’Hondt hat Ergebnisse verzerrt und kleinere Verbände wie uns oder den VBE-SH benachteiligt. Besonders deutlich wird dies in Kiel. Bei der Wahl zum Bezirkspersonalrat erhielt die nach eigenen Aussagen „politische“ Organisation GEW 70,7 % der Stimmen, aber 81,8 % der insgesamt elf Sitze, was neun Sitzen entspricht. Es war das denkbar knappste Ergebnis, denn bei nur fünf zusätzlichen Einzelstimmen hätten wir einen zweiten Sitz erhalten.

Bei der Auszählung nach Sainte-Lague/Schepers, die inzwischen bei Bundestagswahlen und bei Kommunal- und Landtagswahlen in Schleswig-Holstein angewandt wird, hätte die IVL-SH ein zweites Mitglied im Bezirkspersonalrat Kiel gehabt. Das gleiche gilt für die Kreise Nordfriesland und Herzogtum-Lauenburg. Auch der VBE-SH hätte von dem modernen Auszählverfahren profitiert. Es ist dringend notwendig sich hier zusammen mit dem DBB für eine Gesetzesänderung bzw. eine Änderung der Wahlordnung einzusetzen. Abschließend ist zu bemerken, dass wir im Hauptpersonalrat und in allen Kreisen, in denen wir mit einer eigenen Liste kandidiert haben, vertreten sind.

Lassen Sie mich noch kurz auf den Abschluss der diesjährigen Tarifverhandlungen eingehen. Arbeitgeber, DBB und ver.di haben sich am 28. März in Potsdam darauf geeinigt die Entgelte für die Tarifbeschäftigten der Länder um 2,1 % ab März 2015 und um weitere 2,3 % ab März 2016 zu erhöhen. Die Länder Bayern, Rheinland-Pfalz und Hamburg haben bereits angekündigt, diesen Tarifabschluss zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten zu übertragen. Eine solche Zusage verlangen wir auch von Monika Heinold, der Finanzministerin unseres Landes. Es darf nicht sein, dass sich die Besoldungsschere zwischen Schleswig-Holstein und z.B. Bayern, wo es auch noch Sonderzahlungen gibt, immer weiter öffnet.

Herzlichst
Ihre *Grete Rhenius*



Grete Rhenius

Inhalt

Personalratsmitglieder	3
Bildungsministerin Ernst stellt Lehrerbesoldungs-Pläne vor	4
Stellungnahme der Interessen- vertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (ivl) zum Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Besoldungsgesetzes	5
Rede von Anke Schwitzer am 11.3.2015 in Kiel	6
Tarifabschluss in Potsdam	7
Tarifeinigung für Lehrkräfte Sachlich bleiben!.....	7
Unsere Mitgliederdatei, frühlingsfrisch	8
1. Seniorenseminar – Ein Bericht	9
Wir gratulieren	11
Weniger Referendare	12
Bericht aus dem Hauptpersonalrat	12
IVL zur Jury-Entscheidung des Bundeswettbewerbs „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“	13
Personalratsschulung am 29.04.2015 ..	13
Zum Gedenken	15
Impressum	5

Redaktionsschluss für Heft 14: 15. Mai 2015



Dienstunfähigkeitsversicherung

Der maßgeschneiderte Schutz
für Beamte

**Besonders
günstige Tarife!**

Dienstunfähigkeit kann jeden treffen!

Die gesetzlichen Leistungen sind in den vergangenen Jahren deutlich reduziert worden. Eine private Absicherung ist unerlässlich. Wir bieten Ihnen besonders günstige Tarife. Lassen Sie sich beraten!

Kundendienstbüros

Sabine Henning

Tel. 0451 45056123, Fax 0451 45056121
Fackenburger Allee 9, 23554 Lübeck

Norbert Schwengers

Tel. 0451 8104184, Fax 0451 8104185
Krepelsdorfer Allee 42-44, 23556 Lübeck

Heidi Orminski

Tel. 0451 5821370, Fax 0451 5821377
Ratzeburger Allee 111-125, 23562 Lübeck

Daniela Bievor

Tel. 0451 66902, Fax 0451 6110560
Arnimstraße 12 B, 23566 Lübeck

Jutta Peters

Tel. 04521 7900883, Fax 04521 7900884
Lübecker Straße 44, 23701 Eutin

Sandra Rebenstorf

Tel. 0431 35531, Fax 0431 35537
Holtenauer Straße 352, 24106 Kiel

Birgit Vermehren

Tel. 0431 726677, Fax 0431 726629
Schönberger Straße 24, 24148 Kiel

Anke Feldes

Tel. 04351 667755, Fax 04351 667757
Langebrückstraße 26, 24340 Eckernförde

Jutta Grimmelmann

Tel. 04321 2720, Fax 04321 22231
Hauptstraße 30, 24536 Neumünster

Thomas Korsch

Tel. 04331 22927, Fax 04331 21889
Friedrichstädter Straße 50, 24768 Rendsburg

Anke Feldes

Tel. 04621 27627, Fax 04621 20193
Am Lornsenpark 6, 24837 Schleswig

Andreas Beu

Tel. 0461 9403111
Fax 0461 9403110
Ochsenweg 17, 24941 Flensburg

Bettina Tempich-Braunhart

Tel. 0461 13093, Fax 0461 180092
Bismarckstraße 40, 24943 Flensburg

Klaus Kellermann

Tel. 0481 78769126
Bahnhofstraße 22a, 25746 Heide

Ulrich Markowsky

Tel. 04841 6622900
Fax 04841 6622980
Einhorn Passage Markt 10-12
25813 Husum



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Hauptpersonalrat:

Elke Stamm



Stellvertreterin:

Gabriele Kreutzfeldt



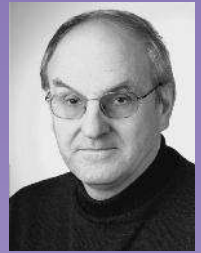
**Bezirkspersonalrat
Dithmarschen:**

Stephanie Geschke



**Bezirkspersonalrat
Dithmarschen:**

Torsten Boll



**Bezirkspersonalrat
Herzogtum Lauenburg:**

Karen Osnabrügge



Bezirkspersonalrat Kiel:

Ingrid Nebendahl



**Bezirkspersonalrat
Nordfriesland:**

Heinke Mahrt



**Bezirkspersonalrat
Ostholstein:**

Marion Wrangel



**Bezirkspersonalrat
Ostholstein:**

Gesa Quäck



Bezirkspersonalrat Plön:

Max Berghaus



**Bezirkspersonalrat
Rendsburg/Eckernförde:**

**Dr. Elke
Fooker-Verweyen**



**Bezirkspersonalrat
Rendsburg/Eckernförde:**

Jana Prochnow



Bezirkspersonalrat Segeberg: Gabriele Kreutzfeldt (Foto siehe oben)

Bildungsministerin Ernst stellt Lehrbesoldungs-Pläne vor: „Alle neuen Lehrkräfte an weiterführenden Schulen bekommen A13“

KIEL. „Alle neuen Lehrkräfte an weiterführenden Schulen bekommen zukünftig in Schleswig-Holstein A13. Sie tun das Gleiche, und sie bekommen das Gleiche“, sagte am 3. März Bildungsministerin Britta Ernst. Die Ministerin stellte die Vorstellungen des Ministeriums für Schule und Berufsbildung zur neuen Lehrkräftebesoldung in fünf Kernpunkten vor: Demnach werden erstens alle neuen Lehrkräfte an weiterführenden Schulen im Land

Schleswig-Holstein und das neue Lehrkräftebildungsgesetz, das seit dem 1. August 2014 in Kraft ist und sich an der Schulstruktur aus Grundschule, Gymnasium und Gemeinschaftsschule orientiert. Die Bildungsministerin erläuterte, dies führe dazu, dass Lehrkräfte mit verschiedenen Ausbildungshintergründen an den Gemeinschaftsschulen und Gymnasien die gleichen Aufgaben übernehmen. „Damit lag die Frage auf dem Tisch: Wie

muss die Besoldung vor diesem Hintergrund aussehen?“ sagte Ernst und erklärte, diese Frage müsse bis zum 1. Februar 2016 geklärt sein, denn dann kämen die ersten Absolventinnen und Absolventen des neuen Grundschullehramt-Studiums in den Vorbereitungsdienst. Die Absolventinnen und Absolventen des Sekundarschullehramts hingegen kämen gestaffelt erst später in den Vorbereitungsdienst. „Der Entwurf zur neuen Lehrbesoldung geht jetzt in die Abstimmung mit den beteiligten Ministerien und gleichzeitig zur frühzeitigen Beteiligung an Gewerkschaften und Verbände. Diese haben bis Anfang April Zeit für eine Stellungnahme. Am 1. Februar 2016 soll das neue Besoldungsgesetz in Kraft treten.

Zu den Kosten sagte Ministerin Ernst, eine Überleitung der Grund- und Hauptschul-Lehrkräfte von

A12 zu A13 führe zu Mehrkosten gegenüber dem Status quo von 11 Millionen Euro – aufwachsend bis zum Jahr 2023. Bei den Lehrerinnen und Lehrern mit zwei Sekundarstufe-II-Fächern sei auch mit steigenden Kosten zu rechnen: Aufwachsend über 30 Jahre ab 2021 jährlich 175.000 Euro; gegenüber dem Status quo koste das bis zum Jahr 2051 aufwachsend rund 5,3 Millionen Euro mehr. Später kommen jährlich aufwachsend 11,6 Millionen Euro für Versorgungsleistungen für übergeleitete und neue Lehrkräfte hinzu. Dazu kommen ab dem Jahr 2019 steigende Kosten für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, die sukzessive auf 600.000 Euro anwachsen.

PE vom 03.03.2015 (Thomas Schunck)



Bildungsministerin Britta Ernst, Ministerium für Schule und Berufsbildung des Landes Schleswig-Holstein
Foto: Bathke

in die Besoldungsgruppe A13 eingestuft, zweitens sollen die früheren Grund- und Hauptschullehrkräfte von A12 zu A13 wechseln können und drittens sollen Lehrkräfte für das Sekundarschullehramt genauso besoldet werden wie Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen und wie die bisherigen Realschullehrkräfte. Als vierten Punkt einer neuen Lehrkräftebesoldung nannte Ernst, dass Lehrerinnen und Lehrer mit zwei Sekundarstufe-II-Fächern wie die heutigen Gymnasiallehrerinnen und -lehrer eingestuft werden und eine Stellenzulage erhalten sollen. Die Besoldung der Grundschullehrkräfte – fünfter Punkt – soll nicht angehoben werden.

Hintergrund für die neuen Regelungen sind Auslaufen und späterer Wegfall der Schulart Regionalschule in

Stellungnahme der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL) zum Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Besoldungsgesetzes

Schleswig-Holstein – Neuordnung der Lehrkräftebesoldung

Die IVL bedankt sich für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme zum Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Besoldungsgesetzes Schleswig-Holstein – Neuordnung der Lehrkräftebesoldung.

Den vorgelegten Gesetzentwurf lehnt die IVL ab und wertet die geplante Abkoppelung der Besoldung der Grundschulkolleginnen und -kollegen als inkonsequentes und ungerechtfertigtes „Sparmodell“. Der Anschein einer Beamtenbesoldung nach „Kassenlage“ werde hierdurch erweckt.

Begründung:

1. Ämterwertigkeit realitätsnah bewerten

Die vorgelegte Argumentation der Landesregierung, die gestiegene pädagogische Verantwortlichkeit neben der Berufs- und Wissenschaftsnähe der Lehrkräfte im Sekundarschulbereich begründe eine Abhebung in der Ämterwertigkeit zu den Primarschullehrkräften, fußt aus Sicht der IVL auf einer realitätsfernen Annahme zu den Tätigkeiten der Grundschulkolleginnen und -kollegen.

2. Formelle Anforderungen an ein einheitliches Einstiegsamt gegeben

Ein insgesamt zehensemestriges Studium mit dem Abschluss Master of Education der künftigen Primarschullehrkräfte unterscheidet sich lediglich nuanciert in der Master-Phase von dem der zukünftigen Sekundarschullehrkräfte. Die IVL sieht hierin eine formelle Ungleichbehandlung.

3. Amtsinhalte und Pflichtstundenzahl

Die von der Ministerin für Schule und Berufsbildung dargelegte Begründung, die „Differenzierung ist auf die jeweiligen Amtsinhalte abzustellen“ überzeugt nach der Meinung der IVL nicht, da diesem Umstand schon durch die differenzierte Pflichtstundenzahl der einzelnen Lehrämter Rechnung getragen wird (Korrekturaufwand u.ä.).

4. Weitere negative pädagogische Auswirkung

Die IVL mahnt an, dass die geplante A12-Besoldung der Grundschullehrkräfte den Mangel an männlichen Bewerbern für diesen Bereich noch weiter erhöhen wird. Ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis im Primarschulbereich wäre jedoch aus pädagogischer Sicht unbedingt zu fördern.

Für die IVL

Gez. Tade Peetz, stellv. Landesvorsitzender, 29. März 2015

Impressum:

Das „IVL-SH-Magazin“ wird von der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) herausgegeben. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Auffassung der IVL-SH darstellen.

IVL-SH Landesvorsitzende:
Grete Rhenius
Körnerstr. 27, 23564 Lübeck
Tel./Fax: 0451 / 505 87 40
E-Mail: grete.rhenius@ivl-sh.de

IVL-Geschäftsstelle:
Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62
Fax: 0 41 91 / 6 09 13
E-Mail: info@ivl-sh.de

IVL-Pressereferent:
Tade Peetz
Stückenberg 15, 24226 Heikendorf

Tel.: 0431 / 2 39 19 35
E-Mail: tade.peetz@ivl-sh.de

Redaktionsanschrift:
Detlef Trawinski
Ahornring 13, 25355 Barmstedt
Tel.: 0 41 23 / 68 38 58
Fax: 0 41 23 / 68 38 35
E-Mail: detlef.trawinski@ivl-sh.de

Anzeigenberater:
Dipl.-Kfm. Harro Rhenius
Körnerstr. 27, 23564 Lübeck
Tel./Fax: 0451 / 505 87 40
E-Mail: harro.rhenius@ivl-sh.de

ISSN 2191-9070

Homepage: www.ivl-sh.de

Redaktion:
Detlef Trawinski, Harro Rhenius, Tade Peetz

Herstellung:
Druckerei Humbach & Nemazal GmbH
Ingolstädterstr. 102, 85276 Pfaffenhofen
Tel.: 0 84 41 / 8068-0
Fax: 0 84 41 / 8068-68

www.humbach-nemazal.de

Rede von Anke Schwitzer am 11.3.2015 in Kiel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihr seid heute hier nach Kiel gekommen, weil sich in Potsdam auch nach zwei Verhandlungsrunden nichts bewegt.

Die Arbeitgeber machen mal wieder in Betonmentalität und bezeichnen unsere Forderung, die mit 5,5 % mehr Einkommen, aber mindestens 175 Euro absolut gerechtfertigt und maßvoll ist, als maßlos und nicht von dieser Welt. Wir wollen endlich ein werthaltiges Angebot! Deshalb müssen wir hier und heute Druck machen, damit sich in Potsdam endlich die Arbeitgeber bewegen. Gute Arbeit – und die machen alle im öffentlichen Dienst – im Zweifel 7 Tage die Woche, 24 Stunden an 365 Tagen – hat ihren Wert. Das gibt es nicht für lau! Gute Arbeit – gutes Geld, das ist unsere Formel.

Allerdings ist es mit einem guten Tarifabschluss in Potsdam allein nicht getan. Denn unsere Forderung umfasst auch die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf den Besoldungsbereich. Die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten unseres Landes – und hier beziehe ich ausdrücklich die Kommunalbeamtinnen und -beamten mit ein – ist zwingend erforderlich. Die Besoldung verkommt in Deutschland immer mehr zum Flickenteppich. Jedes Bundesland kocht sein eigenes Süppchen, vom Bund ganz zu schweigen. Wenn wir auch in Zukunft die besten Köpfe gewinnen wollen, dürfen wir den Anschluss nicht verlieren. Wir wollen ja gar keine Sonderlocken, wir wollen nur die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses. So war es viele Jahre, so haben es die Menschen in der öffentlichen Verwaltung auch weiterhin verdient.

Das bedeutet aber auch, dass im Haushalt entsprechende Mittel veranschlagt werden müssen und die 1:1-Übernahme nicht mit der Begründung abgelehnt wird, dafür sei kein Geld da. Der dbb schleswig-holstein hatte stets kritisiert, dass er die Haushaltsansätze mit 1,5 % für dieses Jahr und geplanten 2 % für nächstes Jahr zuzüglich jeweils 0,2 % zur Einspeisung in die Versorgungsrücklage für zu niedrig hält. Ein Tarifabschluss von 3,9 % für 24 Monate – denn nur dafür reicht das veranschlagte Geld – würde gerade einmal den Nachholbedarf aus dem Abschluss des Jahres 2014 für Bund und Kommunen abdecken. Und zur Erinnerung: Dieses Tarifergebnis wurde zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung übertragen.

Nicht mehr und nicht weniger erwarten die und Beamten und Pensionäre in Schleswig-Holstein auch in dieser Einkommensrunde 2015. Wer den öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein auch weiterhin für Nachwuchskräfte attraktiv gestalten will, der darf nicht bei der Bezahlung knausern, nur weil Beamte sich ihre Einkommenserhöhungen nicht erstreiken dürfen (und wollen). Eine angemessene Beteiligung an der allgemeinen Einkommensentwicklung ist das Mindeste, was die Betroffenen erwarten können. Und sie können auch erwarten, dass im Haushalt hierfür genügend Mittel bereitgehalten werden, um dies zu gewährleisten. Wer im Haushalt eine Steigerung bei den Gehältern deutlich unter dem zu erwartenden Tarifergebnis einstellt, der saniert dieses Land auf dem Rücken des Personals. Das ist nicht zu akzeptieren, das ist verantwortungslos. Es gibt schließlich auch keinen Abschlag für Beamte an der Tankstelle oder im Supermarkt, nur weil deren Arbeitgeber sagt, für Euch habe ich kein Geld.

Und ich will auch noch einmal an die letzte Einkommensrunde vor zwei Jahren erinnern: Schon damals war die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für die Besoldung Teil unserer gewerkschaftlichen Forderung. Die harten Auseinandersetzungen mit der Landesregierung und den Regierungsfractionen sind noch nicht vergessen. Am Ende konnte zumindest verhindert werden, dass bei den Inhalten des Tarifabschlusses in Schleswig-Holstein für die Besoldung Abstriche gemacht wurden. Mit der zeitlichen Verzögerung der Übernahme des Tarifergebnisses haben die betroffenen Kolleginnen und Kollegen erneut einen ansehnlichen Beitrag zur Sanierung des Landeshaushalts und damit zur Einhaltung der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse geleistet. Bereits durch die Einschnitte bei den Sonderzahlungen liegt der Sanierungsbeitrag inzwischen deutlich über einer Milliarde Euro. Auch die Arbeitszeiterhöhungen ohne jeden finanziellen Ausgleich sind nicht vergessen.

Und deshalb gilt: Wir kämpfen für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich. Wertschätzung darf sich nicht nur in warmen Worten ausdrücken, sondern muss sich auch in der Besoldungstabelle wiederfinden.

Herausgeber: dbb schleswig-holstein | Muhliusstr. 65 | 24103 Kiel | Redaktion dbb|direkt

Tarifabschluss in Potsdam

Die Einigung in den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) am 28. März 2015 in Potsdam hat der Zweite Vorsitzende und Verhandlungsführer des dbb beamtenbund und tarifunion, Willi Russ, als tragfähigen Kompromiss bezeichnet: Die lineare Einkommenserhöhung um durchschnittlich 4,61 Prozent, mindestens 75 Euro, stellt sicher, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder in den kommenden zwei Jahren einen echten Reallohngehalt verbuchen können und Anschluss an die Einkommensentwicklung bei Bund und Kommunen halten. Das war für uns der zentrale Benchmark.

Der dbb schleswig-holstein bleibt auch einen Tag nach Abschluss eines Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst bei seiner Forderung nach einer 1:1-Übernahme für den Bereich der Beamtenbesoldung. Das erklärte die schleswig-holsteinische dbb-Chefin nach ihrer Rückkehr von den Tarifverhandlungen in Potsdam.

Für Schwitzer ist klar: „Einer Übernahme steht nichts im Wege – es sind ausreichend Mittel im Landeshaushalt

vorgesehen. Der Abschluss an sich ist angemessen und in seinem Umfang richtig für die Beschäftigten im Land, denn nun werden sie nicht abgehängt von der allgemeinen Einkommensentwicklung. Andererseits ist der Abschluss aber so moderat, dass eine Übernahme keine unlösbare Aufgabe für die Landesregierung darstellt.

Es ist schon im Hinblick auf die Attraktivität des öffentlichen Dienstes besonders wichtig, dass die Bezahlung von Angestellten und Beamten im Gleichklang und damit auch ausgewogen und gerecht bleibt.“

Diese Grundüberzeugung vertreten auch andere Bundesländer: Rheinland-Pfalz und Bayern haben bereits heute ihre klare Absicht zur Übertragung des Tarifergebnisses ohne „wenn und aber“ erklärt.

Schwitzer abschließend: „Jetzt muss auch Frau Heinold sich bewegen und zwar schnell!“

Die Gespräche zwischen dem dbb schleswig-holstein und Finanzministerin Heinold sind bereits in dieser Woche terminiert.

*dbb schleswig-holstein | Muhliusstr. 65 | 24103 Kiel |
Redaktion dbb|direkt, 29.03.2015*

Tarifeinigung für Lehrkräfte

Sachlich bleiben!

Die Einkommensrunde 2015 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) endete am 28. März 2015 mit einem Kompromiss, der erstmals auch die Entgeltordnung für Lehrkräfte umfasst. Dabei handelt es sich speziell bei dem Teil des Ergebnisses, der sich mit den angestellten Lehrkräften befasst, tatsächlich nicht um einen rauschenden Sieg, sondern um einen Einstieg, um einen Anfang also, der in den nächsten Jahren ausgebaut werden muss. Der Potsdamer Abschluss ist ein Kompromiss. Den muss man nicht gut finden, den kann man auch ablehnen! Aber zweierlei darf dabei nicht vergessen werden:

Peinliche Dolchstoßlegende

Erstens: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat über viele Jahre und Einkommensrunden hinweg mit ihren Forderungen zwar die Erwartungshaltung der Kolleginnen und Kollegen in die Höhe getrieben, dabei jedoch alljährlich nichts erreicht. Das weiß auch die GEW und das hat auch der Teil der Medien, der sich länger mit dem Thema befasst, längst herausgestellt. Die Reaktion der GEW: Statt Selbstkritik zu üben und Realismus erkennen zu lassen, wird ein Sündenbock gesucht und davon gesprochen, dass „der dbb uns in den Rücken gefallen“ sei. Solche Dolchstoßlegenden haben in

Deutschland eine schlechte Tradition. Wir hoffen, dass dieses Niveau lediglich der ersten Enttäuschung über die eigenen Fehler entspringt und die GEW bald wieder zur Sacharbeit zurückkehrt. Für eine Zusammenarbeit im Interesse der Lehrerinnen und Lehrer ist der dbb stets offen.

Die richtigen Konsequenzen ziehen

Zweitens: Es stimmt – die Lehrerinnen und Lehrer hatten einen hohen Anteil an der Aktionsfähigkeit während der zurückliegenden Einkommensrunde. Es stimmt auch, dass der GEW bei dieser Mobilisierungs-



fähigkeit ein hoher Verdienst zukommt. Es stimmt aber leider auch, dass diese Mobilisierungsfähigkeit in dieser, wie auch in den zurückliegenden Einkommensrunden, nicht zu den von GEW und dbb gemeinsam verfolgten tarifpolitischen Zielen geführt hat. Der Versuch, eine komplette Entgeltordnung nach unseren – berechtigten(!) – Wünschen durchzusetzen, ist über mehrere Jahre hinweg nicht gelungen. Das scheint die GEW jetzt zu verdrängen. Es galt und gilt also, die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Aus Sicht des dbb ist es vernünftig, wenn der große Sieg nicht gelingen will, das Ziel in Etappen zu erreichen. Wer sich jetzt in die Meckerecke stellt und Dolchstoßlegenden erfindet, hilft den Kolleginnen und Kollegen in den Lehrerzimmern keinen Deut! Der dbb wird auch in Zukunft Realpolitik für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes betreiben. Ob das mit der GEW geschehen wird, hängt von ihr selbst ab.

Die traurige Uneinigkeit der GEW

Wenn die GEW heute behauptet, sie habe „den dbb durch die Verhandlungen durchschleppen müssen“, muss sie zuerst die Frage beantworten, welche GEW hier gemeint ist. Die GEW, die sich an den gemeinsamen Verhandlungen mit der TdL erst gar nicht beteiligt hat, weil sie eine bundesweite Lösung gar nicht wollte? Die GEW, die sich nur an den Verhandlungen beteiligt hat, um dafür zu sorgen, dass es kein Ergebnis gibt, um dann wieder auf Landesebene weiterwursteln zu können? Die GEW, die lieber Brutto-Netto-Vergleiche angestellt hat, anstatt Tarifpolitik zu gestalten? Oder doch die GEW, mit der wir tatsächlich in den letzten Monaten ordentlich zusammengearbeitet haben? Wir sind gespannt, welche dieser vielen „GEWen“ sich durchsetzt. Der dbb und seine Fachgewerkschaften werden auch in der Zwischenzeit verantwortlich Tarifpolitik gestalten und dazu

zählt auch die Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte – denn nach den Verhandlungen ist vor den Verhandlungen.

*Auszug aus dem Flugblatt
dbb aktuell: Einkommensrunde 2015 –
Lehrkräfte / Nr. 2, April 2015*

Unsere Mitgliederdatei, frühlingsfrisch

Vier wichtige Dinge haben sich Anfang 2015 verändert.

1. Wir haben einen neuen Kassenwart: Lars Donner
2. Wir haben eine neue Bank: BBBank eG Karlsruhe.
Unsere **IBAN: DE12660 90800 00093 17066**
3. Wir haben ein neues Mitgliederverwaltungsprogramm: „Mein Verein“
4. Der Mitgliederbeitrag wurde leicht angehoben.

Die erste Abbuchung 2015 ist im März gelaufen. Um z.B. die IBAN und weitere Daten einzupflegen, mussten wir jedes Mitglied einzeln bearbeiten. Wir haben es geschafft. Noch muss gefeilt und etwas umgebaut werden. Wie immer, wenn Speicher oder Keller aufgeräumt wird, finden sich Dinge, die man eigentlich schon längst vergessen hatte.

So haben sich auch bei uns einige Probleme im „Keller der Mitgliederdatei“ aufgetan.

Da ist z.B. das Mitglied, das seit ca. 30 Jahren den Arbeitslosenbeitrag von 2,- €/Monat bezahlt und nun in Pension geht. Auch mussten wir immer wieder feststellen, dass die gespeicherten Adressdaten nicht mehr stimmten. Unsere Mitgliederzeitschrift konnte offen-

Lernen Sie uns aus der Nähe kennen

werden Sie Schnuppermitglied!

Völlig kostenfrei und mit allen Rechten eines ordentlichen Mitglieds.

- Ein halbes Jahr für examinierte Lehrerinnen und Lehrer.
- Ein ganzes Jahr für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.

sichtlich jahrelang nicht mehr zugestellt werden. Auch Bankdaten waren nicht mehr korrekt, da die bisherige Hausbank von z.B. einem anderen Institut übernommen wurde.

Deshalb die eindringliche Bitte an unsere Mitglieder: „Bitte teilen Sie uns Änderungen sowohl Ihrer Anschrift aber auch anderer Daten immer mit. Wir möchten den Kontakt zu Ihnen nicht verlieren. Wir haben deshalb im Mitgliederbereich unserer Homepage für Sie ein Formular für Änderungsmeldungen eingerichtet.“

Auch wir müssen lernen mit dem neuen Programm umzugehen. So haben wir festgestellt, dass der Text der Vorankündigung unserer Abbuchung etwas dünn und unverständlich war. Wir haben das verbessert. So werden die Mitglieder, die uns ihre E-Mail-Adresse verraten haben, neben einer Vorankündigung der Abbuchung,

immer auch eine Rechnung über die jeweilige Quartalsabbuchung erhalten. Der übliche postalische Weg ist einfach zu teuer.

Helfen Sie uns durch Ihre Anregungen, unseren Service zu verbessern. Bitte berücksichtigen Sie, dass, wenn Sie den abzubuchenden Beitrag ohne Kommentar einfach zurückweisen, wir erhebliche Probleme haben, den Grund für Ihre Handlung zu verstehen. Schreiben Sie uns bitte, erklären sie uns Ihre Gründe. Vieles lässt sich durch Kommunikation regeln.

Beitragszahlungen sind eine Bringschuld.

Ihre
Grete Rhenius

1. Seniorenseminar – Ein Bericht

Die Wichtigkeit und die Bedeutung von Ruheständlern und angehenden Ruheständlern sowohl in den Landesverbänden des VDR als auch im dbb waren Kernthema des 1. Seniorenseminars in der dbb-Akademie in Königswinter vom 30.03.2015 bis 01.04.2015.

Neben Grundsätzlichem zur Seniorenarbeit stand für mich die Thematik „Wie können Pensionäre und Pensionärinnen als Mitglieder gehalten werden?“, im Vordergrund. Im Vordergrund auch deshalb, da offenbar die Kenntnis über das breit gefächerte Informations-, Auskunft- und Beratungsangebot der im dbb vertretenen Mitgliedsgewerkschaften nicht oder kaum unseren ivl-sh-Mitgliedern bekannt und bewusst ist.

Deutlich wurde von den Referenten gemacht, dass eine Reihe von Auswirkungen, die Pensionärinnen und Pensionäre treffen, bereits Jahrzehnte vor dem Ruhestand hätten entschieden werden müssen. Als Beispiel ist hier die Systemkollision im Krankenversicherungsrecht der Rentner zu nennen. Da sind Frauen, die ihr Berufsleben jung begonnen, Kinder aufgezogen und später in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zurückgekehrt sind. Als diese Frauen ihren Rentenantrag stellten, kam das große Erwachen. Der Rentenversicherungsträger teilt ihnen lapidar mit, dass



Aufmerksames Zuhören ist angesagt!

Fotos: Werner Hillen

sie wegen Nichterfüllung der erforderlichen Versicherungszeiten nicht in die gesetzliche Krankenversicherung der Rentner aufgenommen werden können. Sie könnten stattdessen in die viel teurere freiwillige Krankenversicherung aufgenommen werden. Warum? Sie alle sind oder waren mit Beamten verheiratet und über ihre Männer zeitweise privat versichert. Diese Frauen sind Opfer der sogenannten 9/10-Regelung geworden.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 1. Seniorenseminars

Die Anerkennung, die bisher nur von Bayern praktiziert wird, hat sie sich beim 11. Bundesfrauenkongress im Mai in Potsdam auf die Fahne geschrieben, die ivl-sh wird dieses engagiert unterstützen. Laut einer Aussage des Bundesinnenministers ist es nicht beabsichtigt, eine entsprechende Gesetzesvorlage vorzubereiten. Die Flucht aus der ivl-sh bedeutet die Flucht auch aus dem dbb und der Tarifgemeinschaft. Die unübersehbare Forderung des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften, die Pensions- und Rentenansprüche nicht von der Gehaltsentwicklung abzukoppeln, kann nur dann machtvoll vertreten werden, wenn auch die Leistungsbezieher von Renten und Pensionen im Boot bleiben. Vergessen wir nicht, die Stärke und Kraft der

Was besagt diese Regelung? Anspruch auf eine Mitgliedschaft in der Krankenversicherung der Rentner hat nur der, der in der zweiten Hälfte seiner Erwerbszeit bis zum Eintritt des Rentenfalles zu mindestens 90 % gesetzlich versichert war oder als Ehepartner der Familienversicherung angehörte. Wird diese Forderung nicht erfüllt oder kann nicht erfüllt werden, kann die Betroffene nicht Mitglied in der kostengünstigen Krankenversicherung der Rentner werden. Nur der Weg in die freiwillige gesetzliche Mitgliedschaft steht offen. Das bedeutet, nicht der eigene Rentenanspruch ist Maßstab für die Bemessung des Krankenkassenbeitrages, nein, Maßstab ist nun das sogenannte Familieneinkommen, das sich neben der eigenen Rente aus den Bezügen des Ehepartners und z.B. aus Einkünften aus Vermietung und Verpachtung bestimmt. (Quelle: dbb-Magazin März 2015)

Um unseren angehenden Pensionärinnen und Pensionären einen Mehrwert anzubieten, haben wir bereits erfolgreich die Möglichkeiten der Ermittlung und Berechnung der künftigen Pension bei uns installiert. Wir werden diesen Service gemeinsam mit dem dbb erweitern und ausbauen. Auch die nachträgliche Überprüfung des Pensionsanspruches gehört dazu.

Wir wollen und werden uns für mehr Gerechtigkeit beim Thema „Kindererziehungszeiten“ einsetzen. Unverständlicherweise unterscheidet die Politik zwischen Beamten- und Angestelltenkindern. Für Helene Wildfeuer, der Vorsitzenden der dbb Bundesfrauenkonferenz, ist es eine Frage der Gerechtigkeit ... „denn alle Kinder machen gleich viel Freude und Mühe, ... gleich ob die Mutter als Angestellte oder Beamtin gearbeitet hat“.

Argumente hängt – für die Politiker – von der Zahl der Mitglieder ab, die hier vertreten werden.

Nicht wer am lautesten schreit hat die Macht der Worte und der Argumente. Die GEW hat in der letzten Tarifrunde deutlich gemacht, wie sie zu ihren Mitgliedern steht. Unsinnige Forderungen, die selbst von ver.di-Vertretern (hinter vorgehaltener Hand mit Kopfschütteln quittiert werden) sind kein Mittel von Tarifverhandlungen.

Wir, die ivl-sh und der gesamte Vorstand, stehen zu unseren Ruheständlerinnen und Ruheständlern. Stehen aber auch Sie zu unserer ivl-sh. Fordern Sie von uns Informationen, fragen Sie uns bei Problemen. Wir werden versuchen, Ihre Fragen zu beantworten und Ihre Probleme zu den unseren zu machen.

Deutlich wurde bei der offenen und ehrlichen Diskussion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars, die aus den unterschiedlichsten Landesverbänden kamen, der Wunsch nach mehr Kommunikation sowohl mit den Mitgliedern als auch mit den Pensionären und Pensionärinnen. Nach Jürgen Böhm, dem Vorsitzenden des VDR-Bund, mit den Pensionistinnen und Pensionisten (bayerischer Sprachgebrauch).

Da Kommunikation auch immer etwas mit Geld zu tun hat, bitten wir Sie im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung, uns, soweit Sie es nicht bereits getan haben, Ihre persönliche E-Mail-Adresse anzuvertrauen. Wir können damit Portokosten vermeiden und dennoch mit Ihnen in Kontakt bleiben.

Das ist auch eines der Ergebnisse des Seminars, Kontakt, Kontakt, Kontakt. Kontakt ist jedoch keine Einbahnstraße.

Ihr Harro Rhenius

Geburtstage (Ruheständler ab 65 Jahre)

April

- 01.04. Martin Wodtke, 24106 Kiel, 66 J.
- 03.04. Gudrun Prox-Siemokat, 24576 Bad Bramstedt, 74 J.
- 04.04. Frauke Martens, 24159 Kiel, 80 J.
- 04.04. Brigitta Sypli, 23568 Lübeck, 78 J.
- 04.04. Jörg Noglik, 25370 Seester, 65 J.
- 06.04. Antje Hirschfeld, 24161 Altenholz, 72 J.
- 06.04. Sigrid Kiefmann, 24161 Altenholz, 67 J.
- 07.04. Marga Schlichting, 25849 Pellworm, 87 J.
- 08.04. Helmut Petersen-Schmidt, 25746 Heide, 93 J.
- 08.04. Hans-Walter Berger, 23566 Lübeck, 78 J.
- 09.04. Gisela Graeve, 21529 Kröppelshagen, 72 J.
- 10.04. Wolfgang Müller, 25704 Nindorf, 75 J.
- 11.04. Jürgen Schrader, 25693 St. Michaelisdonn, 76 J.
- 11.04. Walter Matthiesen, 23701 Süsel-Zarnekau, 75 J.
- 11.04. Helmbert Hennig, 23627 Groß Grönau, 74 J.
- 12.04. Anna Lorenzen, 25764 Wesselburen, 74 J.
- 15.04. Helmer Lange, 21521 Dassendorf, 73 J.
- 17.04. Uwe Möller, 24340 Eckernförde, 67 J.
- 17.04. Friedrich Möller, 24537 Neumünster, 67 J.
- 18.04. Silke Brodersen, 24376 Kappeln, 65 J.
- 19.04. Erika Grotjan, 23566 Lübeck, 80 J.
- 19.04. Manfred Ruß, 23738 Lensahn, 72 J.
- 24.04. Adele Hansen, 24539 Neumünster, 91 J.
- 24.04. Helmuth Gansekow, 27498 Helgoland, 75 J.
- 24.04. Brigitte Levzau, 23556 Lübeck, 66 J.
- 25.04. Anneliese Wiegand, 24107 Flemhude, 77 J.
- 25.04. Dieter Kortum, 24768 Rendsburg, 75 J.
- 25.04. Rolf Latte, 22846 Norderstedt, 72 J.
- 30.04. Dörte Nolte, 25569 Kremperheide, 76 J.

Mai

- 01.05. Ingrid Debler, 23623 Ahrensböök, 69 J.
- 03.05. Gabriela Netthorn-Jonigk, 25541 Brunsbüttel, 65 J.
- 05.05. Rüdiger Scheibner, 21465 Wentorf, 79 J.
- 05.05. Elfriede Thierbach, 23795 Bad Segeberg, 77 J.
- 07.05. Harro Rhenius, 23564 Lübeck, 72 J.
- 08.05. Reiner Riel, 24784 Westerrönfeld, 77 J.
- 09.05. Martin Nahnsen, 25308 Elmshorn, 90 J.
- 10.05. Susanne Wulff, 23570 Lübeck, 68 J.
- 13.05. Elke Blum, 25524 Itzehoe, 67 J.
- 14.05. Anke Pohlmann, 24568 Kattendorf-Weeden, 77 J.
- 17.05. Erhard Freudenstein, 24340 Windeby, 77 J.

- 17.05. Johannes Willer, 25541 Brunsbüttel, 67 J.
- 20.05. Armin Schulzig, 24340 Eckernförde, 74 J.
- 21.05. Helmut Göing, 24787 Fockbek, 77 J.
- 21.05. Eckhardt Loose, 25746 Heide, 67 J.
- 22.05. Ruth Vogel, 24534 Neumünster, 90 J.
- 22.05. Achim Böst, 22397 Hamburg, 70 J.
- 24.05. Uwe Horch, 23562 Lübeck, 73 J.
- 25.05. Ulrich Tantau, 23562 Lübeck, 94 J.
- 26.05. Klaus Petzinna, 23843 Bad Oldesloe, 93 J.
- 26.05. Uwe Spiekermann, 23611 Bad Schwartau, 73 J.
- 28.05. Folke Junker, 24159 Kiel, 70 J.
- 31.05. Jürgen Bender, 24146 Kiel, 68 J.

Juni

- 02.06. Rolf Hartmann, 25813 Husum, 78 J.
- 04.06. Enno Hinrichs, 25821 Bredstedt, 81 J.
- 04.06. Renate Petersen-Lübben, 25813 Simonsberg, 70 J.
- 05.06. Erika Pfahl, 21502 Geesthacht, 91 J.
- 06.06. Anne Steffens, 24105 Kiel, 67 J.
- 07.06. Harry Hiller, 24223 Schwentinental, 89 J.
- 08.06. Ingrid Ehlers, 24996 Sterup, 67 J.
- 10.06. Gundula Lill, 22880 Wedel, 92 J.
- 12.06. Jens-Peter Dorra, 25436 Uetersen, 68 J.
- 14.06. Anke Laging, 24837 Schleswig, 65 J.
- 15.06. Elisabeth Preuß, 21502 Geesthacht, 68 J.
- 23.06. Klaus Lienau, 23795 Bad Segeberg, 74 J.
- 23.06. Doris Van der Wielen, 37691 Derental, 72 J.
- 29.06. Ute Thaysen, 25704 Meldorf, 73 J.
- 30.06. Karl Thaden, 25693 St. Michaelisdonn, 68 J.





WENIGER REFERENDARE

Im Lehrerzimmer droht Nachwuchs-Mangel

Eine Reform der Lehrerausbildung bringt 2015 weniger Referendare in die Praxis. Dadurch leidet auch der Unterricht

KIEL | An den Schulen im Land wird der Lehrer-Nachwuchs knapp. 2015 werden nur 867 Referendare eingestellt, im Vorjahr waren es 1111 – ein Rückgang um 22 Prozent. Das ergibt sich aus der Antwort des Bildungsministeriums auf eine Kleine Anfrage der Schulexpertin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen. An drei Schularten fällt der Einbruch besonders eklatant aus: An den Grundschulen sinkt die Zahl der Einstellungen von 295 auf 170, an Gemeinschaftsschulen von 244 auf 160. Auch die Sonderschulen sind stark betroffen: Sie erhalten 2015 nur 75 Referendare statt 121.

Artikelauszug shz.de, 04.03.2015

Bericht aus dem Hauptpersonalrat

Der Hauptpersonalrat (HPR(L)) hat sich neben dem Tagesgeschäft in den vergangenen Sitzungen mit den Themenschwerpunkten Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM), den geplanten Schulassistenzen und natürlich mit dem Personalzuweisungsverfahren (PZV) befasst.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer haben mit der Staatskanzlei eine Dienstvereinbarung nach § 59 des Mitbestimmungsgesetzes getroffen, nach der ein BGM in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung und in den Schulen eingeführt werden soll.

Nach dieser 59er Vereinbarung kann und soll die Ausgestaltung und Umsetzung des BGM von den Personalräten vorangetrieben und begleitet werden.

Insbesondere können mit Hilfe dieser Vereinbarung folgende Bereiche der Fürsorgepflicht des Ministeriums für Schule und Berufsbildung zugeordnet und somit von den Personalräten eingefordert werden:

- Erstellen von Fehlzeitenstatistiken,
- Gefährdungsbeurteilung nach § 5 Arbeitsschutzgesetz,
- Fortbildung und Qualifizierung der Führungskräfte,
- Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM),
- Psychische Beeinträchtigungen und Erkrankungen.

Deutlich muss dabei aber werden, dass die Umsetzung vor Ort nicht ohne zusätzliche Ressourcen im Personalbereich durchgeführt werden kann. Dazu muss es Personal „on top“ geben und darf nicht aus dem Bestand, etwa aus dem Bereich der Altersermäßigung, „erwirtschaftet“ werden.

Der HPR(L) hat eine Stellungnahme zu den geplanten Schulassistenten-Stellen an den Grundschulen abgegeben und dabei deutlich gemacht, dass es klar beschriebene Kompetenz- und Tätigkeitsbereiche geben muss und auch die Anforderungsprofile eindeutig beschrieben werden. Auf sogenannte „sozial erfahrene Personen“ zurückgreifen zu wollen, erschien dem HPR(L) zu diffus, so dass hier Nachbesserungsbedarf eingefordert wurde. Das PZV hat sich im Gegensatz zum Vorjahr deutlich verbessert, was u.a. auf zusätzliche Bundesmittel für die Kommunen zurückzuführen ist, von der Landesregierung aber zur Schaffung von 240 zusätzlichen Stellen genutzt wurde. Es bleibt abzuwarten, wann das Land eine auskömmliche Personalbewirtschaftung im Sinne einer 100%-Versorgung aus eigener Kraft schafft, ohne sich durch Einmaleffekte aus dem Bundeshaushalt von einem ins nächste Haushaltsjahr retten zu können.

Tade Peetz

Aktion

„Mitglieder werben Mitglieder“

Gewinnen Sie neue Mitglieder für unseren Verband. Überzeugen Sie Ihre Kollegin oder Ihren Kollegen von den vielen Vorteilen einer Mitgliedschaft bei uns.

Für jedes von Ihnen neu geworbene Mitglied erhalten Sie sofort eine Anerkennung von 50 Euro. Unsere neue Beitrittserklärung finden Sie auf der Seite 14.

IVL zur Jury-Entscheidung des Bundeswettbewerbs „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“: Nullnummer für Schleswig-Holstein ist ein Schlag ins Kontor

Die Entscheidung, dass die Universitäten Kiel und Flensburg sowie die Musikhochschule Lübeck im Wettbewerb um Fördermittel des Bundes für eine bessere Ausbildung von Lehrern – ein 500-Millionen-Euro-Programm – leer ausgegangen sind, bestätigt die Haltung der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL) gegenüber der Reform der Lehrerausbildung.

„Es hätte uns auch sehr gewundert, wenn der Bund dieses vermurkste und ganz offensichtlich strukturpolitisch und ideologisch motivierte Modell auch noch mit Millionen von Steuergeldern gefördert hätte“, so der stellvertretende IVL-Landesvorsitzende Tade Peetz.

Aus Sicht der IVL ist diese Entscheidung als „Schlag ins Kontor“ für die Bildungspolitik der Landesregierung.

Peetz: „Bund und andere Länder geben uns Zeichen, dass Schleswig-Holstein mit seinen Sonderwegen in Schul- und Hochschulpolitik auf dem Holzpfad ist. Es bleibt zu hoffen, dass die Signale von den Verantwortli-

chen nicht nur wahrgenommen, sondern auch richtig gedeutet werden!“

Tade Peetz, Pressereferent IVL-SH, 5. März 2015

Hinweis:

Personalratsschulung am 29. April 2015

von 9.00 Uhr c.t. bis ca 16.00 Uhr
im Hotel „Alter Landkrug“ in Nortorf
nähere Informationen unter www.ivl-sh.de
Anmeldung unter info@ivl-sh.de

Gruppe	Unterrichtsverpflichtung						Pensionäre Rentner	
	über 75% bis 100%		über 50% bis 75%		bis 50%		monatl. Beitrag	Beitragsgruppe
	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe		
A 9	10,70 €	B 01	8,40 €	B 08	7,40 €	B 15	6,00 €	B 22
A 10	11,80 €	B 02	9,70 €	B 09	8,30 €	B 16	6,60 €	B 23
A 11	12,90 €	B 03	10,90 €	B 10	9,20 €	B 17	7,20 €	B 24
A 12	14,10 €	B 04	12,10 €	B 11	10,20 €	B 18	7,70 €	B 25
A 13	15,20 €	B 05	13,40 €	B 12	11,10 €	B 19	8,40 €	B 26
A 14	16,70 €	B 06	14,60 €	B 13	12,10 €	B 20	9,00 €	B 27
A 15 und höher	18,30 €	B 07	15,80 €	B 14	13,00 €	B 21	9,80 €	B 28
EG 9	9,20 €	A 01	7,90 €	A 06	5,40 €	A 11	4,60 €	A 16
EG 10	10,30 €	A 02	9,00 €	A 07	6,40 €	A 12	5,20 €	A 17
EG 11	11,40 €	A 03	10,20 €	A 08	7,40 €	A 13	5,90 €	A 18
EG 12	12,60 €	A 04	10,50 €	A 09	8,40 €	A 14	6,60 €	A 19
EG 13	14,10 €	A 05	12,00 €	A 10	9,80 €	A 15	7,40 €	A 20

Gruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe
Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst	4,50 €	S 01
Studierende, Arbeitslose, beurlaubte Lehrkräfte, Beschäftigte (unter 1 Jahr)	2,00 €	S 02
Beschäftigte (mindestens 1 Jahr)	6,20 €	S 03

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur IVL ab _____

als Schnuppermitglied als ordentliches Mitglied

Ich bin Studentin/Student LiV Lehrerin/Lehrer Beitragsgruppe: _____

Alle Rechte und Vorteile der IVL genieße ich als Schnuppermitglied kostenfrei:

Rechtsberatung und Rechtsschutz in allen dienstlichen Bereichen, Diensthaftpflichtversicherung, Versicherung bei Schulschlüsselverlust und Vermögensschäden beim Schulträger, Betreuung durch IVL-Bezirk, Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit in IVL-Gremien und Referaten, Bezug des IVL-Magazins und der Bundeszeitschrift, Schulung und Weiterbildungsveranstaltungen.

Nach der Schnuppermitgliedschaft bin ich ordentliches Mitglied der IVL, sofern ich meinen Austritt nicht 2 Monate vor Ende der Schnuppermitgliedschaft schriftlich erklärt habe.

Name

Vorname

Geburtsdatum

Straße

Postleitzahl

Wohnort

Telefon

E-Mail

Fächer

Schule

Ort, Datum

Unterschrift

Senden Sie den Antrag an: IVL-Geschäftsstelle, Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld

IVL-SH, Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld

Gläubiger-Identifikationsnummer **DE69ZZZ00000742329**

Ich ermächtige die IVL-SH, den von mir zu entrichtenden IVL-Mitgliedsbeitrag bei Fälligkeit mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IVL-SH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Nachname (Kontoinhaber)

Straße und Hausnummer

Postleitzahl und Ort

IBAN

D	E																		
---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

BIC

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

(8 oder 11 Stellen)

Ort, Datum

Unterschrift

Ich wurde geworben durch das IVL-Mitglied: _____

Vorname, Name

PLZ, Wohnort

Hartwig Bindzus

Hartwig Bindzus wurde am 24. November 2014 kurz vor seiner Pensionierung völlig unerwartet aus dem Leben gerissen.

Die IVL verliert mit ihm einen klaren Verfechter der Realschulbildung und einen großen Sportsmann.

Über Jahrzehnte war Hartwig Bindzus Mitglied unseres Verbandes, er leitete die Albinus-Realschule Lauenburg als stellvertretender Schulleiter und später die Albinus-Gemeinschaftsschule Lauenburg als Koordinator. Er fühlte sich besonders dem Sport verpflichtet und war über viele Jahre hinweg Kreisschulsportbeauftragter des Kreises Herzogtum Lauenburg. Wir trauern um einen zuverlässigen Kollegen, der immer pflichtbewusst seinen Dienst versah und in vielen Ämtern ehrenamtlich tätig war.

Unser Mitgefühl gilt der ganzen Familie und besonders seiner Ehefrau, unserer Kollegin Ingrid Bindzus.

VDR-Bezirk IV
Stefan Bieger
Bezirksvorsitzender

Nachruf für

Uwe Hinrichsen

Am 20. November 2014 verstarb unser langjähriges Mitglied Uwe Hinrichsen.

Als Bezirksvorsitzender und besonders bei der Leitung der Pensionärsfahrten hat er sich in herausragendem Maße für unseren Verband, damals den VDR, und seine Mitglieder eingesetzt.

Wir werden sein Andenken ehren und ihn als freundlichen, sehr treuen und dabei stets bescheidenen Kollegen immer in Erinnerung behalten.

Für den Bezirk OH-Plön-Kiel
Brigitte Kliegis

Für den ehemaligen Bezirk Kiel
Martin Wodtke

Wir verabschieden uns von der Realschullehrerin

Aspasia Pohlmeier

Sie verstarb am 12. Februar 2015 im Alter von 55 Jahren.

Aspasia Pohlmeier unterrichtete seit 1999 an der Realschule und späteren Gemeinschaftsschule am Hamberg in Burg/Dithmarschen.

Sie hat sich immer für das Wohl ihrer Schülerinnen und Schüler eingesetzt und unseren Verband in seinen Zielen stets unterstützt.

Wir haben eine engagierte Kollegin verloren.

Für den Bezirk Dithmarschen
Johannes Willer

Wir trauern um unser langjähriges Mitglied, Realschullehrerin

Gudrun Lembcke

Sie verstarb am 24. Februar 2015 im Alter von 59 Jahren.

Gudrun Lembcke war seit 1979 an der Boje-Realschule und jetzigen Gemeinschaftsschule in Brunsbüttel tätig.

Sie hat sich sehr für die Schule eingesetzt und die Ziele unseres Verbandes engagiert vertreten.

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Für den Bezirk Dithmarschen
Johannes Willer

Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.



Für mich: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de

BBBank-Filialen in Schleswig-Holstein

- Filiale Flensburg, Angelburger Straße 4, 24937 Flensburg
- Filiale Kiel, Kleiner Kuhberg 2-6, 24103 Kiel
- Filiale Kiel, Schönberger Straße 24, 24148 Kiel
- Filiale Kronshagen, Kopperpähler Allee 121, 24119 Kronshagen
- Filiale Lübeck, Holstenstraße 11, 23552 Lübeck
- Filiale Neumünster, Waschpohl 6, 24534 Neumünster



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst